

Korrespondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Bestellungen von unsern Ausgabenstellen; bei Postbestellungen ins Ausland durch unsere Agenten in
den Haupt- und auf dem Lande außerdem Postzuschlag; durch die Post 120 Mark außer 42 Pf.
Nachdruck. — Das Blatt erscheint wöchentlich 5 mal, nur an den Feiertagen aussergewöhnlich.
— Nachdruck unserer Originalmitteilungen ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet.
— Für Rückgabe unbenutzter Exemplare übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die eins. Zeile oder deren Raum für 14 Tage mit
Anzeige 10 Pf. für die folgenden 28 Pf., außerdem pro Tag
20 Pf., im Restamt 40 Pf. Bei sonstigerem Satz entsprechende Ermäßigung.
Werbung nach Vereinbarung. Für Nachverträge und Übertragungen
sonstiger. Berechnung nach allgemeiner Satzungsbestimmung. Beilagen:
3 Pf. Anzeigen für höhere Geschäfts-Anzeigen mit 10 Tage vorher, höhere
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Anzeigenmengen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 12.

Donnerstag den 15. Januar 1914.

40. Jahrg.

Die fortschrittliche Presse und der Freispruch.

Le. Die fortschrittliche Presse Deutschlands ist im wesentlichen einzig über die unangenehme Wirkung, die für die innerpolitische Entwicklung die drei Freisprechungen in der Babener Angelegenheit haben werden. Wir geben aus den uns vorliegenden Pressestimmen die nachfolgenden wieder:

Dr. Alfred Döhl schreibt in der von ihm redigierten „Breslauer Zeitung“: „Man hat Wind gefäht, und man wird Sturm enten. Den Schaden davon trägt leider die deutsche Kriegsbereitschaft, trägt leider die deutsche Einheit, die deutsche Kultur und das deutsche Ansehen. Aber die Kämpfe, die nun anheben, müssen durchgeschlagen werden und zwar mit der äußersten Zähigkeit und Folgerichtigkeit. Denn nur auf diese Weise kann getretet werden, was unbedingt getretet werden muß.“

Die „Danz. Ztg.“ fragt u. a.: „Wenn eine solche Tat, wie die des Leutnants v. Forstner in Detmold, straflos geschehen darf, ist dann wirklich Recht und Gesetz gewahrt? Recht und Gesetz, „das unter allen Umständen gewahrt werden muß,“ wie kein Geringerer als der Reichstanzler selbst vor wenig Wochen feierlich im Reichstage betrieht? ... Sühne hierfür, so oder so, verlangt das Rechtsbewußtsein des Volkes und wird sie weiter fordern, wenn sie bisher nicht zu erlangen war.“

Die „Meißen Zeitung“ erhebt in der straflosen Duldung der Mithäterhaft die schwere Verletzung eines für jeden gebildeten Staat unerlässlichen Grundgedankens und führt aus: „Wer das Gesetz und die Ordnung schirmen soll, muß selbst beides am peinlichsten achten; er darf es nicht verletzen, weil er den Beruf habe, es zu beschützen; einen ärgeren Widerspruch gibt es gar nicht. Die Schwierigkeit unserer Aufgabe in Elsaß-Lothringen ist durch diese verhängnisvollen Vorgänge nicht nur entfällt, sie ist auch vergrößert worden. Das Wenige, was erreicht war, ist zertrümmert, die Wahrscheinlichkeit seines Wiederaufbaues gering.“

In der „Neuen Badischen Landeszeitung“ lesen wir: „Die Einheitlichkeit des Volksgesetzes, auf dem die Kraft einer Nation beruht, droht über dem Kostengeld verloren zu gehen. Der schärfste Nationalgeist ist der militärische. Volk und Heer müssen eins sein, besonders in ihrem Rechtsgefühl. Demokratisierung in diesem Sinne tut bitter not. ... Schon die Erstgung der Militärgerichte verstoßt gegen dieses erste Staatsfordebnis (der Rechtseinheit) und die Urteile dieser Militärgerichte sind der Entschiedenheit gegen die Auffassung der „anspruchlosen Gemüter“, die sich von dem Freimut des Herrn von Reuter hätten bestreiten lassen. Das Weltbild, das in diesem Kopfe lebt, müßte jeder auf das entscheidende absehen, der von der Würde des Menschen, wie man sie im konstitutionellen Staat versteht, einen Hauch verpüht habe. Er möge auf seine Art ein einheitlicher und ganzer Charakter sein, aber diese seine Art sei im modernen Verfassungsstaat untragbar. Ein Militarismus, der sich so gebietet, sei eine Gefahr für den Staat.“

Etwas milder ist das Urteil des „Frankfurter Kuriers“, aber auch er ist der Überzeugung, daß die Annahme der Ersatzstrafe und die Freiheitsberaubung Dinge seien, die sich in einem bürgerlichen Rechts- und Verfassungsstaat schlechterdings nicht ereignen dürften. Es wird hinzugefügt, daß auf die leitenden Stellen der Zivilverwaltung nur wirklich brauchbare Männer gesetzt werden sollten.

Voll bitterer Ironie schreibt die „Neue Samburger Zeitung“: „Es ist gekommen, wie sozialdemokratischer Agitationskaiser, kontervativier Haß und rebanchefürtere Militärpolitiker es ersehnt haben. ... Der umgekehrte Fall, den das Straßburger Kino vorkührt, hebt die Natur- und anderen Gesetze auf. Ein-

geschlagene Backzähne werden wieder eingepflanzt, zerhörte Türen werden wieder ganz, Patrouillen und Maschinengewehre beschwinden wieder und die angemahnte Regierungsgewalt fliegt blühartig vom gutgläubigen Obersten zum schlappen Kreisdirektor zurück. Vileicht kommt noch zur allgemeinen Überraschung das 99. Regiment plötzlich heim nach Zabern!“

Die „Vib. Corresp.“ erhält von dem Abg. Dr. Müller-Meinungen über die freisprechenden Urteile der Militärgerichte in Straßburg eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Tatsächliche Arbeit haben die Verhandlungen vor Gericht leider nicht erbracht. Soviel kann man heute schon sagen: Der betrübende Eindruck der — sagen wir ganz offen — erbitterten Gegnerschaft des Zivil- und des Militärstandes in Elsaß-Lothringen ist durch die Prozedur der letzten Tage noch verschärft worden. Die auffallenden Gegensätze in den Aussagen der Zeugen lassen sich ja vielleicht mit Mühe und Not durch die Umstände, die ungemein rasche Abwicklung der Affäre am 28. November, die allgemeine Nervosität erklären. Dagegen zeigten die Vernehmungen z. B. der Gerichtsbeamten und Staatsanwälte so gewaltige Kontraste zu den Aussagen der Militärjuristen und Offiziere, daß man sagen kann: Die beiden Parteien“ sprechen zweierlei Sprache und verstehen sich nicht mehr! Kann da die gegenwärtige Auffassung aller beteiligten Personen aus den anderen Kreisen Standes nahmen?“

„Nur im Frieden in „fast Feindesland“! Völliger Mangel an Staatsgefühl! Krankhafte Eifersucht der beiden Gemalten aufeinander! Ein fast pathologisch gesteigertes Machtgefühl des Militärs, das sich überall geschmährt und zurückgesetzt glaubt! Auf der anderen Seite ein unsumpfbäherer Nachbar im Hintergrunde, der hinterlistig die Situation ausnützt! Eine Zivilbürokratie, die ebenfalls der ganzen Situation nicht gewachsen ist! Wohin man sieht, peinliche Erscheinungen, die zeigen, daß man mit wenig Takt und mit noch weniger Geschicklichkeit die heiklen Verhältnisse im Elsaß bisher behandelt hat! Bloßstellungen vor dem ganzen Auslande, das aus den Freisprechungen den Eindruck erhält, als spreche die Militärjustiz den Gedanken aus, daß das Militär sich alles gegenüber der Zivilbevölkerung erlauben darf. Die politischen Folgen der Freisprechungen halte ich nach außen wie nach innen für tiefgehend und außerordentlich ernst — selbst wenn gegen die Urteilsgründe sich juristisch gar nichts einwenden ließe.“

Zu den juristischen Fragen nur noch eine Bemerkung! Der ganze „Baberner Fall“ zeigt eine ungläubliche Unklarheit der geltenden rechtlichen Bestimmungen. Es ist bezeichnend, daß Oberst von Reuter seinen guten Glauben, der ihm zuletzt die Freisprechung verschaffte, auf eine preussische Kabinetsordre von 1870 gründete. Wie kann eine solche den klaren Wortlaut eines Reichsgesetzes, die Bestimmungen der Reichsstrafprozessordnung aufnehmen! Noch dazu angelehnt der bekannten Kabinetsordre von 1881 über den Waffengebrauch der Militärpersonen! Hier tut eine klare Auskehr auf geglichem Wege dringend not. Recht statt Willkür ist die Forderung des Tages.“

Ich fürchte, der unglückliche Fall Zabern wird noch lange nicht zur Ruhe kommen, wenn nicht eine energische und zugleich weise staatsmännische Hand rasch zugeht und den verhängnisvollen Grundsatz „Nur erst recht nicht“ zu überwinden weiß. Fast ängstlich fragen wir: Wird Herr v. Bethmann Hollweg diese glückliche Hand besitzen? Wer sonst?“

Abg. Baffermann für den Reichstanzler.

Auf dem Parteitag der württembergischen Nationalliberalen, der am Sonntag in Stuttgart stattfand, äußerte sich der Führer der nationalliberalen Fraktion im Reichstage, Abg. Baffermann, auch über die Za-

bern-Affäre und den Vorstoß des preussischen Herrenhauses gegen die Reichsregierung. Er kam zu dem Schluß, daß Herr v. Bethmann Hollweg unter den heutigen Verhältnissen vielleicht der geeignetste Mann für das Amt des Reichstanzlers sei.

Es sei bedauerlich, so führte Abg. Baffermann aus, daß der Konflikt in Zabern nicht im Reime durch die Verlegung des Leutnants v. Forstner erstickt worden sei. Er warf die Frage auf, ob nicht ein verfassungsrechtlicher Konstruktionsfehler vorliege, und ob wir Deutschen überhaupt in der Behandlung der fremdsprachigen Bezirke des Reichs eine glückliche Hand haben. Der Regierung fehle die Konsequenz, und sie lie zu spät gegen die nationalliberalen Elemente im Elsaß vorgegangen, woraus aber nicht folge, daß wir im Elsaß gleichsam in Feindesland stehen. Besonders in Zabern seien die nationalliberalen Elemente nicht in der Mehrheit; es sei im Reichstage fortgeschritten vertreten. Das Miktrouensvotum, das dem Reichstanzler wegen seiner Haltung in der Babener Angelegenheit erteilt worden sei, beziehe sich keinesfalls auf die gesamte Politik des Reichstanzlers, und wenn die Konservativen den Nationalliberalen vorwerfen, daß sie Ministerjuriziere treiben, so drängt sich die Frage auf, ob nicht das Vorgehen des preussischen Herrenhauses gegen die Reichsregierung eine viel schärfere Mißbilligung der gesamten Politik des Reichstanzlers bedeute, als das Miktrouensvotum im Reichstage. Herr v. Bethmann Hollweg sei unter den gegebenen Umständen nach Ansicht der nationalliberalen Partei, vielleicht der geeignetste Mann für das Amt des Reichstanzlers, wenn er auch nicht ein Mann nach dem Herzen der Konservativen sei. Seine gesamte Politik bewegt sich konform in der Richtung der nationalliberalen Forderungen. Ein parlamentarisches Regiment sei bei unjener Parteiverhältnisse nicht möglich. Was die Nationalliberalen wollen, sei ein starker Reichstag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung, freilich wünschten sie auch eine starke Regierung. Was die durch die Herrenhausverhandlungen neu aufgeworfene Frage des Verhältnisses Preußens im Reiche betreffe, so dürfe wohl gerade in Süddeutschland ausgesprochen werden, daß man die Bedeutung Preußens und seine Verdienste um das Reich voll aufzu würdigen wisse, daß aber über Preußen das Reich und die Gleichberechtigung seiner einzelnen Mitglieder steht. Der Prozeß gegen den Obersten von Reuter habe die Nichtigkeit der Haltung der nationalliberalen Partei im Reichstage voll auf erwiesen. Es sei allerdings die Frage aufzuwerfen, ob es überhaupt Flug war, die öffentliche Lage zu erheben, nachdem festgesetzt worden war, daß die Zivilbehörde verurteilt hat, und daß das Militär in folgedessen in das Bewußtsein der Notwendigkeit seines Vorgehens hineinwachsen muß.

Der Ministerpräsident gegen die Konserativen.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat am Dienstag in die erste Sitzung des Staats ein. Als erster Redner kam der kontervative Abg. Müller-Merseburg zum Wort, der durch seine Angriffe gegen die Regierung in Sachen der Wehrordnung die Stelle der kontervativen Wortführe gegen den Kanzler ein weiteres Mal aufsuchte. Er forderte dadurch den Ministerpräsidenten zu einer Erwiderung heraus, die den Konservativen sicherlich höchst unangenehm sein wird, weil Herr v. Bethmann Hollweg es vermied, direkte Wortworte zu erheben und Angriffe gegen die Konservativen zu richten, sondern lediglich die Tatsachen sprechen ließ, die die Verbündeten der Regierung durch die Schuld der Konservativen geradezu anzuzeigen, die Kostendeckung der Militärvorlage so zu gestalten, wie sie gestaltet worden ist. Abg. Müller erhebt sodann vor, die Wehrreformfragen auszuführen, was die Zustimmung des Hauses fand. In seiner Entschloßung hat er dringend, die Freil zur Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag weitlich zu verlängern. Dann wiederholte er die bekannten kontervativen Beschwerden über die neuen Wehrverordnungen, wobei er der Regierung Passivität vorwarf und ein Entgegenwirken gegen die

sozialdemokratische Agitation, sowie gegen die Verteilung in den gefährdeten Grenzgebieten des Reiches vermischt. Dann bezieht er sich mit den einzelnen Glats, forderte bessere Versorgung der Alpenländer, möglichst große Vorräte für die Landwirtschaft, wobei er den Landwirtschaftsmittel- oder Gemeindeförderungswesen besonderes Lob spendete, verlangte weiter endgültige Regelung der Besoldungsverhältnisse der Volksschullehrer und sprach sich schließlich gegen die Arbeitslosenversicherung aus, die zu weit führen würde.

Ministerpräsident Dr. v. Bethmann Hollweg, der sich sofort zur Erwiderung erhob, erklärte zunächst die Durchführung der Arbeit in der Provinz in absehbarer Zeit für unmöglich und bezieht sich im weiteren Verlauf seiner Rede ausschließlich auf die konservativen Kritik an der Reichstagsverhandlung. Er wies darauf hin, daß die prinzipielle Gegnerchaft der Konservativen gegen die Verfeinerung der Finanzverwaltung und angestrebte Reformen beträfe, die im Reichstagsverhandlungswesen aber Gemeindeförderungswesen, die Verbandsverwaltung, die allgemeine Volksschullehrer, den Verbänden der Regierungen gar kein anderer Weg zur Deckung der ungeheuren Ausgaben ihrer Verordnungen übrig gelassen lie, als der, den die Regierungsvorlage mit der primären Landesbehörden und der sekundären Reichsbehörden auszuführen hat. Die Konservative, eine reiche Reichsbehörden, oder Reichstagsminister, von vornherein unmöglich. Da nun aber gegen die Regierungsvorlage von Nationalliberalen und vom Zentrum die schwersten Bedenken erhoben worden und die übrige Seite sich von vornherein auf einen glatten ablehnenden Standpunkt stellt, und da weiter auch die konservativen Parteien sich ganz entgegen der von der Regierungsvorlage ausgehenden Richtung verhalten, so wird die Durchführung der Vorlage unmöglich gemacht.

Und nun wandte sich Dr. v. Bethmann Hollweg mit großem Nachdruck und vielbeschäftigter Schärfe gegen die Konservativen, denen er unter lebhaftem Beifall der Linken vorwarf, daß sie selbst im kritischen Moment der Regierung nicht jene Unterhütung zuteil werden ließen, die sie den Regierungen in jeder Lage zu verfügen konnte. Die Regierung habe sich in einer Zwangslage befunden und mühte, wenn sie nicht die ganze Verantwortung geschulden wollte, ein Kompromiß abzuschließen. Im Interesse der Einzelstaaten belege auch er die Vermögenswachstumssteuer in jeder Beziehung. Der Ministerpräsident fand hienächst lebhaften Beifall auf der linken Seite und dem Zentrum. Die Konservativen werden ihm, wie die „Reichszeitung“ mitteilt, am Mittwoch durch Herrn v. Seydewitz die Antwort geben.

Der Zentrumsgesandte Herold, der dann zu Worte kam, warf der Regierung Mangel an Energie vor und vermischt eine bestimmte Erklärung, daß eine weitere Ausdehnung der Erbschafts- und der Vermögenssteuer für die Zukunft nicht einzutreten werde. Die Konservativen erheben eine ganze Reihe von Wünschen seiner Partei vor, und verlangt besonders von der Eisenbahnverwaltung, daß sie bei der jehigen ablaufenden Finanzjunktur durch Finanzgründung von Bauten das Wirtschaftliche fördere. Auch die Wahlrechtsfrage schließt er an, wobei er sich mit der Einführung des geheimen Wahlrechts zu beschäftigen sieht. Schließlich verweist er auch mit aller Entschiedenheit die Aufmerksamkeit der Abgeordneten.

Abg. Dr. Meißing (nl), der an Stelle des durch Krankheit verhinderten Dr. Friedberg sprach, erregte sich in längeren Ausführungen über Eisenbahn- und Steuerfragen. Dann kam er auf die Wahlrechtsfrage zu sprechen, die nicht länger aufgeschoben werden könnte, doch lehnte er die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ab; nur auf Grund des Dreifachwahlrechtes dürfe die Reform durch Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts durchgeführt werden. Zur Braunschweigfrage bemerkte der Redner, es sei bekanntlich, daß die bekannte Bundesversammlung lediglich auf die Erklärung ausgedehnt worden könnte, doch lehnte er ab, nicht zu unterstützen, was sich gegen Preußen richtet, aufgegeben werden. Zum Schluss kam Dr. Meißing auf die Badener Affäre zu sprechen, wobei er sich in direkten und scharfen Gegensatz zur Haltung seiner Fraktion im Reichstag setzte und sich abschließend auf die Erklärung des Reichstags bezog. Die allgemeine Schuld an den Vorfällen ließ er der Zivilverwaltung zu, die vollkommen verlastet habe, und zwar deshalb, weil sie nicht von preussischem Geiste erfüllt sei. Es ist begreiflich, daß diese Rede fast ununterbrochen auf der rechten räumlichen Seite ausfiel, während sich auf der linken Seite große Unruhe zeigte und besonders Abg. Friedberg sich in lebhaften Worten äußerte. Selbst die Haltung des Reichstagslers von Herrn Dr. Meißing noch nicht mitzufrieden genug, und er tabelte es, daß der Reichstagsler erklärt hätte, er könne nicht wissen, auf welcher Seite Recht und Unrecht lie.

Gegen die Äußerung legte Ministerpräsident von Bethmann Hollweg entscheidende Verwahrung ein. Im übrigen lehnte er es ab, sich für das, was er als Reichstagsler gelagt und getan habe, vor dem Reichstagsparlament zu verantworten, wenn er auch wohl ausdrücklich dafür habe, daß das Empfinden jedes Preußen durch die jüngsten Ereignisse sehr unangenehm berührt worden lie. Nur bemerkte er etwas boshaft gegenüber Herrn v. Meißing, daß wohl viele Leute erst jetzt eines Besseren belehrt worden sind, und darunter, wie es scheint, ein Teil der Freunde des Dr. Meißing. Zur Wahlrechtsfrage bemerkte der Ministerpräsident, daß sich die Regierung ebensowenig vom Parlament ein Wahlrecht aufzuzwingen lassen wolle, wie das umgekehrt der Fall lie. Die Regierung werde die Initiative zu einem neuen Wahlgesetz nicht ergreifen, wenn es nicht über bisher nicht der Fall, und sie halte es nicht für angebracht, dem neugewählten Abgeordnetenhaus in seiner ersten Tagung eine Wahlrechtsreform vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit suchte Dr. v. Bethmann Hollweg auch, der, wie er sagte, antwortlichen Verbindung von dem unangenehmsten Vermögens- und Erbschaftswesen, von dem er erklärte, daß der Inhalt der Tronrede ein Regierungsaft sei wie jeder andere, und die Verantwortung dafür allein die königliche Staatsregierung trage. Das letzte ist selbstverständlich, und darum rüsten sich auch die Angriffe wegen des unangenehmsten Vermögens- und Erbschaftswesen und Minister des Innern. Schließlich lenkte der Ministerpräsident auch noch auf die Braunschweigfrage zurück, die er jedoch nur hinsichtlich ihrer Einwirkung auf die Nation der Welsen in Hannover behandelte. Hierbei betonte er, er sei ermächtigt zu der Erklärung, daß jede Veranlassung auf den regierenden Herzog von Braunschweig für

Verletzung der welfischen Partei in Hannover dem Willen des Herzogs direkt widerspreche. Sollten die Welsen in Hannover in ihrer Agitation fortfahren, so werde man danach in Zukunft wissen, was davon zu halten lie. Im übrigen aber solle man diese Männer ruhig ihre Träume, daß sie immer jene Welsen von Preußen getrennt werden könnten, austräumen lassen. Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch verlag.

Balkannachrichten.

Eine politische Konzeption.

Nach den aus Konstantinopel vorliegenden Nachrichten besteht in diplomatischen Kreisen kein Zweifel mehr darüber, daß der von dem türkischen Kriegsminister angeordnete Wechsel in der Stellung des Generals Yiman v. Sanders außer anderen politischen Gesichtspunkten auch dem Kreditbedürfnis der Türkei Rechnung trägt und zwar insoweit, als dadurch eine von Frankreich aufgestellte Vorbedingung für die Durchführung der geplanten großen Arbeiten erfüllt wurde. — Es bestätigt dies die von uns vertretene Auffassung, Festgehalten muß werden, daß der Wechsel der Stellung nicht auch eine Minderung des maßgebenden Einflusses mit sich bringt, den General Yiman v. Sanders auf die Angelegenheit des türkischen Heeres aus weiterem ausüben in der Türkei hat.

Wie Konstantinopeler Blätter melden, erklärte der Kriegsminister Enver Pascha bei einem Besuche beim armenischen Patriarchen, er teile nicht die Ansicht seines Vorgängers betreffend die Befreiung der Christen von Militärdienste und aus einem dahingehenden Gesetzentwurf behufs entsprechender Abänderung zurück.

Die Bevölkerung Bulgariens.

Die von den bulgarischen Militärbehörden in den neu-erworbenen Gebieten vorgenommene Zählung ergab für das bulgarische Bulgarien eine Bevölkerung von insgesamt 494.190, davon 225.000 männlich, für das bulgarische Mazedonien von insgesamt 175.070, davon 82.500 männlich. In Mazedonien Bulgarien beträgt die männliche Bevölkerung 330.000 bei einer Gesamtbevölkerung von 333.100. Der Gesamtzuwachs Bulgariens an Einwohnern beträgt somit 700.000 — ein unverhältnismäßig geringer Gewinn gegenüber den für das kleine Land ungeheuren Kriegsverlusten an Blut und Gut.

Die inneralbanischen Zwistigkeiten.

In den Berliner diplomatischen Kreisen sieht man auch heute trotz der Meldung von Kämpfen der Anhänger Etab Paschas mit der albanischen Genarmierte die Lage in Albanien keineswegs als geteilt an, sondern als pessimistisch. Aufstellungen Anlaß zu geben. Man ist vielmehr der Ansicht, daß mit dem Erlöschen des Prinzen als Wieder die inneren Zwistigkeiten in Albanien, die im wesentlichen auf persönliche Geesinnungen zwischen den Parteilichen zurückzuführen sind, sehr bald ein Ende nehmen werden.

Esad Paschas Wählerkreis in Albanien.

Au den Meldungen, daß Esad Pascha nunmehr auch mit den Malak und Hauptlingen in Verbindung gekommen sei, äußert sich der allgemeinere Blick weisende angelegene albanische Gesandte von Wien in folgenden Worten. Die letzten Ereignisse in Albanien sind die Folge der Haltung Esads Paschas. Er ist in der Nord- und Süd- und im Norden wie die Mohammedaner durch Schüren ihres Fanatismus und die Maljoren durch Geldgewinne gewinnen. Im Süden greift er Elbasan an, um es sich zu unterwerfen. Ich glaube nicht, daß Esad Pascha für einen mohammedanischen Fiktion arbeitet, aber ich nehme an, daß er danach strebt, sich dem neuen Fiktion, dem Prinzen als Herrscher von Albanien zu zeigen, um seine Position zu befestigen. Indem Esad Pascha auf diese Weise seine eigenen Ziele verfolgt, dient er damit fremden Interessen. Wir erwarten von Prinzen als Wieder, daß er diesen gefährlichen Intriganten fall stellen wird. Jedes Kompromiß mit ihm würde den Prinzen kompromittieren.

Politische Übersicht.

Österreich-Ungarn. Die gemeinsame Konferenz der Herrenhausmitglieder und Abgeordneten einigte sich am Montag auf die Vorschläge der Erhebung des Erlitzensminimums auf 1600 Kronen und die Festlegung der Steuerstufen, wonach die ersten zwei Steuerstufen bis 10.000 Kronen nach den Beschlüssen des Herrenhauses bestimmt werden und die Steuerstufen über 10.000 Kronen einem dreiprozentigen Aufschlag unterliegen sollen. Der Ministerpräsident erklärte die Zustimmung der Regierung zu diesem Vorschlag. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde am Montag die Verhandlung über die Pressevorlage fortgesetzt. Abg. Wagonyi, Mitglied der Unabhängigen Partei, hielt eine achtminütige Oppositionsrede. Er schloß mit den Worten, daß ihn nur die Ungeduld des Präsidenten veranlasse, seine Rede zu beenden, was seitens der Mehrheit mit Heiterkeit und seitens seiner Parteigenossen mit Beifall aufgenommen wurde.

Frankreich. Der französische Kriegsminister hat die Prüfung der Ausgaben beendet, die sich durch den dreijährigen Dienst und die Verbelegung der Bestimmungen ergeben. Der 1904 wiederkehrenden Ausgaben für das Dreijährsgesetz betragen 650 Millionen Francs, die auf drei Jahre verteilt werden und hauptsächlich für den Bau von Kasernen bestimmt sind. Die Verbesserung der Bewaffnung wird 1400 Millionen kosten, von welchen 220 Millionen nicht dringlich sind, da ihre Verbelegung nicht vor dem Jahre 1913 vorgezogen wird. Das übrige Programm von 1200 Millionen Francs soll in sieben Jahren durchgeführt werden, und zwar sollen 400 Millionen im Wege des normalen Budgets, die übrigen 800 Millionen durch besondere Emissionen aufgebracht werden. — Im französischen Ministerium legte Finanzminister Caillaux am Dienstag den Entwurf seiner Kapitalsteuer vor, der sich an den im vorigen Generalgesetz vom 1200 Millionen Francs soll sich geschehen. A. Ameyours ernannt worden. Der Ministerpräsident ist ermächtigt worden, den Carrellans-erlass zu widerrufen. — Der griechische Ministerpräsident Venizelos schickte am Montag in Paris dem Finanzminister Caillaux einen Besuch ab und be-

gab sich dann zu Clemenceau, den er aber nicht traf. Am Nachmittag besuchte Venizelos den Ministerpräsidenten Doumergue.

England. Dem „Echo de Paris“ wird aus London gemeldet, Washington Churchill habe die seinen jüngsten Parteifreunde in London den Ministerpräsidenten und den Marineminister eingehend über das Programm der französischen Regierung besprochen. Es liege auf der Hand, daß die englische Regierung über diesen Punkt genaue Mitteilungen brauche, um ihr Mariniebudget anzustellen, da sie nicht daran denken könne, im Mittelmeer eine Rolle zu ergründen, die allein inländische wäre, dieses Meer zu beherrschen. Marineminister Dominick lie in seiner Antwort nicht bestimmt geäußert sein, da sein Programm zum Teil von dem noch nicht fertiggestellten Finanzplan Caillaux abhängen. Ähnlich werde aus Paris wahrscheinlich genauere Angaben mitbringen. — Der englische Premierminister Asquith ist von Paris nach Südbritannien abgereist. — Die englische Regierung hat die Frage der Eisenbahnen übersehen. Der Bericht, in der Montagsnacht die Eisenbahnbrücke der Hauptlinie von London nach Birmingham und Maresfield über den Kanalfluß bei Southrethams in die Luft zu sprengen, wurde mitgeteilt; nur die Weiden sind beschädigt und daß in den nächsten Tagen die Arbeiten an den Weiden ausgesetzt werden. Eine große Anzahl von Weiden ist zerstört. Eine große Abteilung britischer Polizei, die sofort ergriffen, trieb die Menge auseinander. — Das „Neuerliche Bureau“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die von der Regierung im vorigen Jahre für den Monat ausreichen. Das Budget wird im nächsten Monat ausreichen. — Der sozialistische Kapitän Harrison verhaftet worden ist, weil er in einer Verleumdung der Streitenden in Salt River die Eisenbahnen aufzubreche, die Wege in die Luft zu sprengen. — Pretoria, 13. Jan. Die volle Eisenbahndienst ist heute wieder aufgenommen worden. Die Eisenbahn ist wieder in Betrieb. Die Eisenbahnen sind wieder in Betrieb. Die Eisenbahnen sind wieder in Betrieb.

Montenegro. Die Montenen wollen Europa annehmen, setzen sich also als einer der jüngsten selbständigen Staaten bereits an wichtiger Kulturhöhe. Nach einer Nachricht aus monogolischer Quelle ist der ehemalige finanzielle Beirat der monogolischen Regierung Moskalkin gegenwärtig von monogolischen Finanzministerien nach Deutschland und England abgehandelt worden. Moskalkin soll die Krone einer der Privatkapitalisten aufzunehmenden Anleihe zu lösen suchen und in Deutschland Waffen anlaufen.

Nordamerika. In den mexikanischen Wirren wird gemeldet, daß der amerikanische Staatssekretär der Marine Daniels den Kreuzer „Des Moines“ angeordnet hat, von Portsmouth (New Hampshire) nach der Ostküste Mexikos zu fahren. Der Kreuzer soll die dortigen Wirren untersuchen, die für andere Kreuzer nicht geeignet sind. Der Staatssekretär hat den Befehl erteilt, die gesamten mexikanischen Kreuzer, die über die Grenze getrieben und bei Preidion ergriffen worden sind, nach Fort Smith (Arkansas) zu bringen, wo sie bis auf weiteres bleiben sollen. Die Frauen und Kinder erhielten die Erlaubnis, die Männer zu begleiten.

Deutschland.

Berlin, 11. Jan. Der Kaiser wird Mitte Februar in Wilhelmshafen eintreffen, um der Verbelegung der Rekruten beizuwohnen. — Der Jeronimusmeister des hohen Ordens von Schwarzem Adler, Graf von Kanitz, läßt die Anträge für die am Sonnabend, dem 17. Januar, im königlichen Schloße zu Berlin vom Kaiser mit den fünfzigjährigen Jubiläum des Ordens vorzunehmende feierliche Investitur einiger Mitgliedschaften des höchsten Ordens-Kapitels ergehen.

— Ein Glückwunsch des Kaisers an Exzellenz Drieger, dem Präsidenten der Kammer der Abgeordneten Dr. v. Drieger ist von der preussischen Reichsversammlung folgende Schreiben zugegangen: „Es Majestät der Kaiser und Königin haben mich zu beauftragen erucht, Eurer Exzellenz die allerhöchsten Glückwünsche zu der Fünzigjährigen Jubiläum des Königs von Bayern geworden einzufließen, welche dem Könige von Bayern geworden Auszeichnung auszusprechen. Es gereicht mir zur besonderen Freude, mich des allerhöchsten Auftrages entledigen zu dürfen. Der Kgl. Geheime v. Treutler.“

— Verlobungsgerüchte im Hause Wittelsbach. Die Herzoginwitwe Karl Theodor ist am letzten Sonnabend nach Wien gereist. Der Kaiser hat ihr einen einseitigen Besuch abgesehen. Die Reise wird wieder mit Verlobungsnachrichten im Hause Wittelsbach in Zusammenhang gebracht.

— Zum Mitglied des Herrenhauses ist an Stelle des verstorbenen Kammerherrn Majors von Wern-Barchen Graf von Wartenstein-Rogasen gewählt worden.

— Der Oberpräsident von Brandenburg, Herr v. Canra, ist nicht am Ende. Die „Hindenburg-Berliner Zeitung“ hatte dieser Tage mitgeteilt, Herr v. Conrad werde aus Gesundheitsrücksichten aus seinem Amte scheiden, und der Berliner Volkspresident Dr. v. Jagow an seine Stelle treten. Herr v. Conrad war allerdings eine Zeitlang leidend, aber sein Befinden hat sich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, neuerdings so gebessert, daß eine Fortwähligkeit des Ausgehens aus dem Amt nicht mehr vorliegt.

— Der Berliner Kirchenkonvent. Am letzten Sonntag waren die Gotteshäuser Großberlins überfüllt; der Kampf gegen die Kirche hatte einen Kampf für die Kirche ausgelöst. Am den Gemeindegliedern innerhalb des gewöhnlichen gottesdienstlichen Rahmens die Art der Kirche darzulegen, war ein allgemeiner Kirchenkonvent veranstaltet. Die ebenfalls am Sonntag einberufenen 17 Kirchenaustrittsversammlungen unterschieden sich dadurch von den bisherigen, daß die liberale Geistlichkeit zur Teilnahme an der Disziplin eingeladen und zum Teil ihrer Teilnahme gefolgt war. Teilweise waren sie sehr schwach besucht. Zu Demonstrationen kam es nirgend.

Schnee und Kälte.

Die Temperatur hat sich im ganzen Reich wieder geändert. Das Wetter der letzten Tage hat starkem Frost weichen müssen. Durch den Witterungsumschlag ist namentlich in Westdeutschland, von wo in den letzten Tagen Hochwasser gemeldet wurde, ein Wiedergang des Wassers zu beobachten. So wird aus Frankfurt a. M. am 13. Jan. gemeldet: Die Rheimündung ist in den böher gelegenen Gegenden bis auf 12 Grad unter Null gesunken. Auf den Riffen ist Eisgang eingetreten. Das erwartete weitere Steigen des Hochwassers ist durch den einsetzenden Frost ausgeblieben. Die Fernzüge trafen am Dienstag früh mit großen Verzögerungen hier ein, teilweise mit zwei Stunden. Nach verschiedenen Nöthigkeiten mußten die Züge abgefahren werden. Ähnliche Meldungen liegen aus anderen Teilen Deutschlands vor.

Große Kälte in Norwegen.

Christiania, 13. Jan. Seit Montag ist eine kalte Periode eingetreten, wie sie seit vielen Jahren nicht beobachtet wurde. Im Innern von Süd-Norwegen wurden als Rekord 50 Grad Celsius (?) gemessen. Die Kälte verursacht Eisenbahnverzögerungen.

Die Schneefurte in Rußland.

Petersburg, 13. Jan. In Rußland, und zwar besonders in den mittleren Gouvemenzen, scheint es seit einer Woche fast ununterbrochen wieder heftigen eifigen Stürme, die mit ihrer orkanartigen Gewalt große Verberungen anrichten. Es herrschen Witterungsverhältnisse, wie sie selbst für Rußland ungewohnt sind. Die gesamte Bevölkerung leidet ungenehm. Viele Dörfer und Anpflanzungen sind eingeebnet und von der Augenwelt abgeschwunden. Der Eisenbahnbetrieb wird nur zu einem dritten Teil aufrecht erhalten. Fast alle auf der Fahrt nach Petersburg befindlichen Kisten sind auf der Strecke im Schnee festgeblieben. Nach den Meldungen der Gouvernementsverwaltungen sind bereits mehrere hundert Personen im Schnee umgekommen. An den meisten Stellen liegt der Schnee 65 Zentimeter hoch, doch gibt es auch noch Schneehaufen, die bis zu 1 Meter Höhe aufsteigen. Die Soldaten werden in diesen Tagen als die Retter in der Not angesehen. Sie sind ununterbrochen am Werke, um die Verkehrswege freizubekommen, sie werden auf Straßen nach Bergschutten geleitet und betreiben auch die Bewohner eingeebneten Dörfer.

Zahnheilkunde in den Alpen.

Innsbruck, 13. Jan. Bei den Abräumungsarbeiten der großen Kabine auf der Wittenwiesbahn ging eine neue Schneefurte nieder, welche mehrere Arbeiter verdrückte. Einer wurde getötet, ein zweiter verletzt. Die Wiederaufnahme des Betriebs ist erst am Donnerstag zu erwarten. Auf der Alpbahngasse ereignete sich bei den Räumungsarbeiten auf der Bahnanlagen zwei tödliche Unfälle. In beiden Fällen trafen die Opfer durch die Schneefurte ein, welche beträchtlichen Schaden anrichtete. In San Cristobal reichten die Schneefurten bei 1/4 Meter Höhe bis zum Dachstuhl des Hospizes.

Starke Kälte in Frankreich.

Ein unerwarteter Wettersturz hat sich in den letzten 24 Stunden in Frankreich vollzogen. Der Wind hat sich von Südwest nach Nordwest gewendet, in Folge dessen ist die Temperatur stark gesunken. In vielen Orten trafen die Schneefurten ein, welche beträchtlichen Schaden anrichteten. In San Cristobal reichten die Schneefurten bei 1/4 Meter Höhe bis zum Dachstuhl des Hospizes.

Die Sturmflut an der pommerischen Küste.

Die Lage in den von der Sturmflut schwer heimgesuchten Orten an der pommerischen Küste hat sich weiterhin gebessert, wie folgende aus Köslin eingegangene Drahtmeldung mitteilt:

Köslin, 14. Jan. Aus den Strandbörden liegen, infolge des härter gewordenen Frostes gute Nachrichten vor. Der Wind ist günstiger, er ist nach Südwest umgeprungen. Die Festigkeit der Eische des Badamer Sees wird wahrscheinlich gestatten, die Einwohnerstadt von Damerort Nahrungsmittel, Feuer- und Viehfutter hinüberzubringen.

Die Teilnahme der Kaiserin.

Die Kaiserin hat an das Oberpräsidium in Stettin folgenden Telegramm gerichtet:

Königsberg, 13. Jan. Tief bewegt durch die Nachrichten von dem schweren Unglück, das die pommerische Küste heimgesucht hat, bitte ich Sie, den betroffenen Gemeinden meine warmste Teilnahme zu übermitteln. Die bereits eingeleitete Hilfsaktion werde ich nach Kräften zu fördern suchen und ich hoffe, daß es dadurch gelingen wird, die entseelten Not zu lindern.

Die Hilfsaktion.

Unter dem Protektorat des Kronprinzen hat sich ein Komitee die durch Hochwasser betroffenen Hilfsbedürftigen gebildet, das folgenden Aufzettel erlassen hat:

Meiste Gebiete unseres Vaterlandes sind durch Sturmfluten schwer betroffen. In dem größten Teile der Ostpreussischen Küstengebiet sind durch Dürre, Dürre und sonstigen Schädigungen eine große Anzahl von Dörfern unter Wasser gelegt und an Haus, Land, Vieh und Vorräten schwere Schädigungen verursacht. Hilfe und Unterstützung aus unschuldigen Hilfsbedürftigen ist dringend notwendig, um die unglücklich getratene Mitbürger vor Not und wirtschaftlichem Verfall zu bewahren. Neben der vom Staate und den beteiligten Kommunalverbänden zu erwartenden Hilfe ist ein freiwilliges Eingreifen der freien Bürgerschaft dringend erforderlich. Unser Volk, das schon bei mancher Nothlage Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit gezeigt hat, wird mit warmem Herzen und offener Hand auch für diese unsere notleidenden Brüder eintreten. Wir bitten demgemäß alle Hilfsbereiten Frauen und Männer unseres Vaterlandes, über die folgenden Zusammenstellungen zu veranlassen und alle der freien Bürgerschaft zugetragenen Beiträge dem zu errichtenden Provinzialkomitee oder direkt hierher

abzuführen. Aber die eingehenden Gaben wird demnächst öffentlich quittiert werden. Das Bureau des Komitees befindet sich Berlin NW. 40, Alsenstraße 10. Die Zahlstellen werden noch bekanntgegeben.

Der Protektor.

Wilhelm.

Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind die ersten 30 Millionen Mark aus den bereitgestellten Mitteln des kaiserlichen Komitees für die durch das Hochwasser betroffenen Hilfsbedürftigen dem Regierungspräsidenten Drems in Köslin überreicht worden.

Die amtliche Feststellung des Schadens.

Köslin, 13. Jan. Die Sturmflut an der Ostsee am 9. und 10. Januar hat an der Küsten des Regierungsbezirks, wie die inzwischen erfolgte amtliche Feststellung ergeben hat, höchst erschreckende Schäden nicht zu geringen allseitig betrafte, wie nach den ersten Nachforschungen festgestellt wurde. Vor allem kann feststellen werden, daß nirgends der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen ist. Verluste an Vieh sind fast nirgends zu verzeichnen. Dagegen ist eine große Anzahl von Bauwerkstätten infolge Einbrechens des Wassers geschädigt. Nicht zahllos sind die Beschädigungen an Vorräten von Futter und vor allem an Lebensmittel, namentlich von in Kellern und Meeren lagernden Kartoffeln. Wohl am meisten gelitten hat der Südgürtel unseres Küstengebietes, die Düne. Auf weiten Strecken sind Abstände von 10 bis 20 Metern zu verzeichnen. Es wird nicht selten, wenn diese Schäden wieder gut zu machen. Schwere Beschädigungen haben auch die Häfen von Rügenwalde und Stolpmünde erlitten. Von den kommunalen Einrichtungen am Strande sind insbesondere die Strandpromenade und die Badeanstalt in Kolberg und in Stolpmünde betroffen worden. Nach den Nachrichten soll der Ort Damerort am meisten gelitten haben und blutet wunden sein. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Insel nicht so schlimm ist. Die Flut schlug fast ununterbrochen auf die Insel auf. Daß durch den Sturm aufgestaute Wasser des Badamer Sees ist nur in einige Häuser eingedrungen und hat nur unbedeutlichen Schaden an den Vorräten in den Kellern angerichtet.

Vermischtes.

Ein großer Sacharinismugler. Ein vorgerichtet in Prag verhafteter Sacharinismugler, Graf Friedrich v. Wollgast, der Rittersgutsbesitzer Graf Günther von Königsberg, der sich durch seine fünf Verurteilungen in der Berliner Weltweit einen wenig rühmlichen Namen gemacht hat.

Zum Fall Zhan. Die Kommission, die vom Bundesgericht eingesetzt worden war, um den Geisteszustand von Zhan zu prüfen, hat berichtet, daß keine Gefahr für die Öffentlichkeit besteht. Zhan leide gegenwärtig nicht mehr an der Geisteskrankung, unter deren Einfluß er Sanford White erschossen habe.

Schwerer Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom Montag wurde in der Villa des Ingenieurs Herrsch in Saarbrücken ein Einbruch verübt, wobei 50 000 Mark in Leinwandmarchenden entwendet wurden. Für die Verhaftung des Geheles und Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 5 Prozent des wiedererlangten Geldes ausgesetzt.

Fünf Fremdenlegionäre, die aus der Fremdenlegion aus Algerien desertiert waren, trafen mit dem Dampfer „Mariano“ im Hafen ein. Die fünf jungen Leute, von denen einer nach der Uniform der Fremdenlegion trug, waren aus ihrer Garnison Oran geflüchtet und waren nach Malaga gelangt, wo sie auf Veranlassung des dortigen deutschen Konsuls nach Hamburg beordert wurden. Die fünf Ausreiter waren der Schuhmacher Mann aus Dammensfeld, der sich am 12. September 1912 in Dijon hatte anwerben lassen, der Soldatier Dembinzky aus Wangbrunn, der am 1. September 1911 von Verdun verflüchtet hatte, der Fabrikarbeiter Franz aus Emsdorf, der im Jahre 1912 in Saarbrücken für das Infanterieregiment Nr. 97 ausgehoben, aber nach Frankreich geflüchtet war und in Verdun den Wehrdienst ausgeschrieben hatte, der Gärtner Feinot aus Montigny bei Metz, der bei der Musterung im Jahre 1911 zurückgestellt war und sich dann hatte anwerben lassen, und schließlich der Fabrikarbeiter Kaufus aus Wevelde, der 1912 in Sattlingen zur Marine angekehrt, aber nach Frankreich gegangen war, wo er sich ebenfalls in Verdun zur Fremdenlegion hatte anwerben lassen. Alle fünf erklärten, lieber in das Gefängnis zu wollen, als zu ihrem Truppenteil zurückzukehren.

Verlorenes Gestein der Fischdampfer. Aber den Verbleib der Gestein der Fischdampfer „Lloyd“ und „Koralle“, die seit dem 17. bzw. 19. Dezember in See gegangen sind, hat man keine Besorgnisse. Die Fischerzute-betriebs-Gesellschaft hat an das Reichsministerium das Gesuch gerichtet, ein Kriegsschiff in die nordischen Gewässer abgehen zu lassen. Man vermutet, daß die Fischdampfer entweder im Ostsee oder im Ostsee eingeschlossen sind, oder die Schraube verloren haben.

Ein Hund von einer Katze getötet. Aus Falkenau in Wörmern wird gemeldet: Die Handwerksmeistergattin Frau Langenrich hat eine kurze Katze, die sie seit fünf Jahren zusammen mit einer großen Hauskatze, die vorher schon von der sibirischen Marie gekauft worden war, bevor die Mutter die Tiere schloß, legte sie es ihrem Tochterchen nach aus Dora, die Katze nicht länger zu peinigen. Saum war jedoch die Frau fort, spaltete das Mädchen einen Holzpfland und kam mit der Katze den Schnee ein. Diese Katze sollte sich furchtbar rächen. Wie toll vor Schmerz fuhr die Katze auf ihre Peinigerin los und zerflechte ihr das Gesicht. Die peitschende Mutter fand ihr Tochterchen blutüberströmt und in dem nebenliegenden Korbe den anderthalbjährigen Sohn Franz tot vor. Der Kleine war an einer Spielglocke erstickt, die er im Schrei über das Schreien des Mädchens verschluckt

hatte. Das Mädchen, dem die Augen aus den Höhlen gerissen, Nase, Wangen und Kehle zerfleischt waren, verstarb zwei Stunden später.

Die Stadt Mannheim als Unberührt. Das am Dienstag eröffnete Telegramm des verstorbenen Mannheimer Eisenbahners Geheimrat Dr. Kieß legt die Stadt Mannheim zur Unberührt in ihrem Bestehen. Besonders erwähnenswert ist dabei das Bemühen der Kaiserin, die in einem Erlaß vom 1. Dezember hergerichtet werden soll. Der Kaiser, über den nichts Besonderes bestimmt wurde, dient zur Erinnerung eines Mannes. Die Kosten von 2 1/2 Millionen Mark sollen demnach nachtraglich zu decken. Aus dem Velle des Reiches soll ein Volksausbau erachtet werden. Die Kosten sollen auf 2 bis 2 1/2 Millionen Mark betragen. Ferner soll eine Karl- und Anna-Kreis-Stiftung erachtet werden, aus der die Kosten für Jugendpflege bestritten werden sollen.

Die tapfere Kollistin. Während die meisten der neuen weiblichen Kollisten in Chicago sich damit begnügen, alle Mühen über die Ernte zu führen oder Fremden den Weg zu zeigen, hat eine unter dem Namen Mary Bond, durch eine tapfere Tat das allgemeine Aufsehen erregt. Sie stand auf einem Straßenbahnwagen und wurde Zeuge, wie ein Mann den Schaffner beleidigte und sich dann mit ihm herumschlug. Der Schaffner schien bereitwillig zu stehen. Da sprang die tapfere Kollistin herbei, um den Mann zu beschützen, und schloß sich dem Mann an. Sie wurde von dem Mann mit einem Messer verletzt, aber sie wurde nicht verletzt. Sie wurde von dem Mann mit einem Messer verletzt, aber sie wurde nicht verletzt. Sie wurde von dem Mann mit einem Messer verletzt, aber sie wurde nicht verletzt.

Gefährdungs. Der Hausdiener Karl Maier aus Unterjessen (Württemberg), der unter dem Verdacht, den Aufbruch an der Firma Deffner verübt zu haben, verhaftet worden war, hat ein Geständnis abgelegt.

Erdbebenkatastrophe in Japan.

Die Stadt Kagoshima in der Kagoshima-Bucht ist nach einem verheerenden Erdbeben erregt. Der Regenregen verheerte die Insel und fiel bis zu der zwei Meilen entfernten Stadt Kagoshima. Das Schicksal von 200 000 Bewohnern der Insel und acht Dörfern ist unbekannt, da der Telegraph unterbrochen ist. Der letzte vulkanische Ausbruch auf der Insel hat im Jahre 1784 stattgefunden. Zwei Marinegeschwader haben sich eiligst dorthin begeben.

Die Stadt Kagoshima an der gleichnamigen Bucht, in der die von der Katastrophe heimgesuchte Insel liegt, gehört zu Kagoshima, der drittgrößten japanischen Insel südwestlich von Honshu, etwa zwischen dem 31. und 34. Grad nördlicher Breite. Auch Kagoshima ist im Innern ergregt und hat viele Untane.

Der vulkanische Ausbruch auf Saturoshima begann am Sonntag abends um 10 Uhr. Die Zersplitterung schlugen über 800 Meter hoch und um 30 Kilometer weit. Lavaströme flossen an dem Berge herab und begruben drei Dörfer. Die Einwohner flüchteten auf das Festland und Hunderte von ihnen wurden in der Lava getötet. Das Meer sprang auf einen Wall auf, der über 100 Meter hoch war. Weitere Ausbrüche schwebten fort und die Lava kam nach Kagoshima in einer Höhe von 100 Metern. Die Inseln hier kamen Hunderte von Einwohnern um. Die Menschen wurden in Güterwagen nordwärts, und am Abend war die 70 000 Einwohner zählende Stadt schon verlassen worden. Ein in Kamakura gefesteter Telegrafenturm berichtet, daß der Telegraph der einzige in Kagoshima zurückgebliebene Baum sei. Die ganze Stadt sei in Asche und Rauch getaucht.

Amliche Mitteilungen besagen, daß eine Katze die Schreden des Vulkanausbruchs auf Saturoshima vernichtet habe. Hunderte von Häusern seien zerstört oder beschädigt worden, viele Einwohner getötet oder verletzt. Immerhin glauben die Behörden, daß gewisse Menschenverluste nur auf der einen Insel vorgenommen sind.

Bei der Explosion eines Pulverturmes drei Personen getötet.

Eine harte Erschütterung wurde Dienstag vormittag 11 Uhr 37 Minuten in Bochum und im weiteren Umkreise verheert. In der Stadt zerplatzten viele Fenster. Der Pulverturm der Firma Guemert, Querenberg, der im sogenannten Kalms, einer ziemlich menschenarmen Gegend, liegt, war in die Luft zerflogen. Die Unglücksstätte liegt in Trümmern. Drei Führer, zwei Brüder Bracht aus Leer und ein dritter Fuhrmann, namens Badwinkel aus Weimar, sind getötet worden. Ihre Leichen sind nicht zu finden, wahrscheinlich sind sie in Stücke zerfallen worden. Ebenso sind die Pferde der Fuhrwerke getötet worden. In der Querenburger Schule entstand im Augenblick der Explosion eine Panik. Sämtliche Fenster des großen Gebäudes wurden zertrümmert. Der Pulverturm befand sich inmitten eines Buchens- und Eichenwaldes in einer Bergengegend. An der betreffenden Stelle liegt man jetzt nur noch ein etwa 10 Meter hoher Berg. Im weiten Umkreis sind die Bäume wie Streichhölzer gerückt. Die Dächer der benachbarten Bauerngehöfte und Häuser sind zum Teil abgedeckt und viele Fenster sind zertrümmert. Von den Gebäuden hat man auch bei den späteren Nachforschungen keine Spur gefunden. In der Nachbarschaft, vielleicht 50 bis 100 Meter von dem Explosionsherde entfernt, steht ein dazwischenliegende Baumstumpf, die über den Wald hinweg auf das freie Feld geschleudert wurden und 30 bis 40 Zentimeter tief in den Lehm Boden eingedrungen sind. Die Explosion ist scheinbar beim Verladen von Pulver erfolgt. Wahrscheinlich ist dabei den Transporten eine Kiste mit Sprengstoffen entglitten und explodiert.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Ed. Höpner in Merseburg.

Versäumen Sie Goldman Sachs nicht.

Einmaliges Sonder-Angebot meines Inventur-Ausverkaufs.

Beginn Donnerstag den 15. Januar.

Es kommen zum Verkauf:

60000 Posten **Damen-Wäsche**
Taghemden Nachthemden Bein-
kleider Unterröcke etc.

Tischwäsche
u. **Handtücher**

Gardinen
u. **Vitragen**

Bettwäsche aller Art
genäht und ungenäht
Uberschlaglaken Betttücher etc.

Küchenwäsche
Handtücher Wischtücher etc.

Hemdentuche

Bade-Handtücher

Reste aller Art

Um eine durchgreifende Räumung zu erzielen, sind die Preise teilweise bis zur Hälfte ermäßigt.

Merseburg • **Weddy-Poenicke** • Kl. Ritterstraße 4



Von der Maas-
Dis an die Memel,
Von der Etsch
Bis an den Belt,
Lobt man Schuhcreme
Kavalier,
Als die beste
Dieser Welt.

Zeichnungen

auf
4 % Münchener Stadt-Anleihe von 1914
— Auslösung und Kündigung
bis 1944 angeschlossen —
nimmt zum Kurse von 94,25 % bis
Donnerstag den 15. d. M. kostenfrei
entgegen

Friedrich Schultze, Bankgeschäft.

Am 15. d. M. können noch einige Damen an dem wieder beginnenden
Zuschneide- u. Schnittzeichnen-Kursus
teilnehmen.
M. Schuchardt, Leichstraße.

Verein der Gastwirte von
Merseburg und Umgegend
Donnerstag den 15. Januar
n. mittags 8 1/2 Uhr Monatsver-
sammlung im „Zähringer Hof“.
Der Vorstand.

Leuna.
Gasthaus zum heitern Bild.
Sonntag den
18. Jan. von abends
8 Uhr an

**Masken-
Ball**

mit Prämierung,
wogu freundlich einladet
Ernst Söhner

Atzendorf
Sonntag den
18. Januar 1914
grosser
Masken-Ball.
Prinz Karneval wird
auch erscheinen.
Es ladet freundl.
ein Th. Burthard.

Dramatischer Verein Euterpe.
Vorläufige Anzeige.
Sonntag den 22. Februar 1914 im
Stadtbisshaus Strandbischöffen
Großer Maskenball.
Alles Näheres später. Der Vorstand

**Deutschnationaler Handlungs-
gehilfen-Verein Hamburg. :**
Ortsgruppe Merseburg
Freitag den 16. Januar 1914 abends 9 Uhr
Sahres-Haupt-Verammlung
im Vereinslokal Goldene Angel
Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Er-
scheinen in voller Zahl unbedingt erwünscht. Der Vorstand

TIVOLI-THEATER.
Sonntag den 18. Januar 1914
Gespensier.
Familien-Drama in 3 Akten von Hein Ebsen.

40 tote Ratten
pro Tag zur Strafe gebracht — großartig ist der Erfolg —
die die Ratten los — 30 Ratten in kurzer Zeit tot — findet
bei meinen Kunden großen Anklang etc. so und ähnlich heißt es immer in den
glänzenden Rezensionen über „Es hat geschnappt“. Wo keine Ratten mehr in die
Küche geht, wo Giftbissen nicht mehr angestreut werden, da wird das von den
schätzlichen Dagelieren mit wachem Gefühlsgehalte, für Hausierer und Gefühlig
absolut unzahlbar. „Es hat geschnappt“ kann man wissen. Nur echt in plumbierten
Packungen à 50 Pf., 1.—, 2.— und 3.— Mk. Man lasse sich nicht anders anlocken.
Wo nicht zu haben, weisen wir Wegweiser nach. Jedem Interessenten senden
wir auf Wunsch eine 32 Seiten dicke Broschüre „Die Ratten-Plage und ihre wirksame
Bekämpfung“ unentgeltlich und portofrei. Wohl, Anwalt G. m. v. H., Othfriedsberg.

Es hat geschnappt

Jedes Quantum
REINES EIS
kauft
Stadtbrauerei Merseburg.

Versäumen Sie **Goldmann's Kehraus** nicht.

Gierza zwei Bellingen.



Anzeigen für Merseburg.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Zodes-Anzeige.
Gestern früh 9 Uhr verstarb plötzlich und unerwartet unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante, Frau verw.

Wilhelmine Dreffel
geb. Nagel

im Alter von 66 Jahren. Dies zeigen schmerzgefüllt an die trauernden Familien
Gründel, Robt. Stolz, Dreffel,
Merseburg, den 13. Jan. 1914.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr von Weiße Mauer 8 aus statt.

Für die Liebesollen Beweise und Kranzspenden beim Begräbnis unserer lieben Verstorbenen sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Merseburg, den 14. Jan. 1914.

Familie Zinke.

Auktion.

Sonntag den 17. Jan. 1914
von vormittags 9 1/2 Uhr an werde ich im Restaurant Casino
1 Kleiderkranz, 1 Sofa, 1 Stuhl, 1 Kissenstuhl, 1 Kissenstuhl, 1 K. Schrank, 1 Kommode mit Spiegel und 1 Uhr, ferner 6 Paletots für Männer von 5 bis 16 Jahren, 6 Knabenanzüge von 3 bis 7 Jahren
öffentlich meistbietend versteigern.
Carl Ziehe.

In aufblühender Industrie- und Handels- Eisenbahnnotpunkt, ist lange Jahre mit Erfolg betriebener

Gasthof mit Ausspann
bei einer baren Umrahmung von 4000 M. unter äußerst günstigen Bedingungen samt Inventar sofort zu verkaufen. Vorhanden sind: 1 großes Gastzimmer, 1 Vereinszimmer, 2 besondere Festsaal, große Saal mit Parkettfußboden, Logierzimmer mit Einrichtung, Bierdankung und 2 schön gelegene, mit Ziergärten versehen Grundstücke liegt gegenüber einer Industrieanlage. Agenten nicht erwünscht. Offerten unter N O P an die Exped. d. Bl. erbeten.

Mehrere hundert Zentner 20 bis 30 mm hartes Obseid, starke Unterplatten (Seuerfrei), sowie Sammelzettel hat abzugeben
Carl Margraf, Rauchfabrik, Baugeschäft.

Meistkanten bitte um Preisangabe. Besichtigung Osterkötter Schwellerei.

Dieselbst auch mehrere hunderttausend Mauersteine, große Mengen Schamottesteine, Dachziegel, Kalken, Sand und Brennholz, Feinsten, Zäun, großer Schuppen (tauglich zu Pferdeboxen), Holz und Schmalz. Alles wie neu. Meldebeile: Rauchfabrik, Markt 96.

1 Diplomatenschränke (neue) (siehe) sowie ein Salon-Attenschränke, beides jetzt wie neu, billig zu verkaufen. Näheres zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Kleiner eiserner Ofen
zu verkaufen
Unter-Altendurg 57, 1 Et.

Elegante Herrenmaste
(Zigaretten) billig zu verkaufen
Fischerstr. 19

Ein Paar Käuferhühner
sind zu verkaufen
Kreuzstr. 4

Prima Rot- und Leberwurst
sowie la. Fleischwaren
empfehlen
Rud. Schubert, Burgstrasse 16.
Tel. 378.

Für die uns in so überaus reichem Masse erwiesenen Beweise herzlicher und inniger Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Kötzchen, den 14. Januar 1914.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Gustav Weißhahn.

Bekanntmachung über Verwendung von Kostenmarken zur Entrichtung von Gerichtskosten.

Zweck und Zulässigkeit der Markenverwendung.
1. Zweck Vereinfachung und Verbilligung des Zahlungsverkehrs können Gerichtskosten, über die eine Kostenrechnung noch nicht mitgeteilt ist, durch Verwendung von Kostenmarken entrichtet werden. Die Verwendung von Kostenmarken ist den Parteien in jeder Zeit und Geld. Die Ausfüllung von Kostenmarkungen, die Einzahlung des Geldes und das Porto für die Geldsendung fallen weg. Urkunden, die sonst bei Gericht zurückgehalten werden müßten, bis die Kostenrechnung den Beteiligten zugefand und von ihnen bezahlt ist, können sofort zurückgegeben werden.

2. Geeignet für die Markenverwendung sind insbesondere Kosten für Zahlungs- oder Vollstreckungsbegehre, Kostenfestsetzungsbegehre, Wändungen und Überweisung von Forderungen, Arrestbegehre und einstweilige Verfügungen, Versteigerungen aller Art, Verbilligung von Urteilsurteilen, Eintragungen und Wändungen im Grundbuch oder in öffentlichen Registern, Annahme von Verfügungen von Todeswegen sowie Kostenvorschüsse.

Wertbeträge der eingeführten Kostenmarken.
3. Kostenmarken werden über 0,05, 0,10, 0,20, 0,30, 0,50, 1, 3, 5, 10 und 20 Mark ausgegeben.

Art der Verwendung der Kostenmarken.
4. Die Kostenmarken sollen am oberen Rande der Vorderseite des Urteils oder des Besonderen Belegtschriftstückes aufgeklebt werden. Wird das Schriftstück in Schrift und in druckbarer Form aufgeführt, so sind die Kostenmarken auf der für die Gerichtsakten bestimmten Seite aufzukleben. Bei Zahlungs- und Vollstreckungsbegehren sollen die Kostenmarken, wenn ein sonstiges veranlassendes Schriftstück nicht vorhanden ist, auf einem besonderen Umschlagblatt aufgeklebt werden.

Entwertung der Kostenmarken.
5. Eine Entwertung der Marken durch die Partei ist nicht vorzuziehen. Die Marken werden vielmehr lediglich durch das Gericht entwertet. Der Partei bleibt aber ungenommen, die Kostenmarken vor Einreichung bei Gericht mit ihrem Namen oder ihrer Firma, voll oder abgekürzt, zu versehen, doch darf dadurch der Wertbetrag der Marke nicht unternommen werden.

Sonstige Bestimmungen.
6. Die mit der Sache befaßten Gerichtsschreiber (Sekretariate), Beamten sind verpflichtet, der Partei auf Verlangen eine Befähigung über den Gesamtbetrag der im Einzelfalle verwendeten Kostenmarken zu erteilen.

7. Sind von der Partei zu wenig Kostenmarken vorhanden, so wird der Rest der Kostenschuld in Kostenmarken oder in bar nachzubehalten. Sind Kostenmarken zu Unrecht oder zu viel verwendet, so wird der überschüssige Kostenbetrag wieder nicht auf andere Weise, noch nicht registrierte Kosten angerechnet werden kann, ohne weiteren Antrag der Partei zurückzugeben.

8. Für verbundene Kostenmarken kann von der Partei Ersatz beansprucht werden. Der Anspruch ist unter Rückgabe der verbundenen Marken bei der für den Wohnsitz des Berechtigten zuständigen Gerichtsstelle oder, wenn der Berechtigte nicht in Preußen wohnt, bei der Gerichtsstelle, aus der die Marken bezogen sind, oder bei einer dem Wohnsitz nahe gelegenen Gerichtsstelle geltend zu machen. Die Ersatzleistung erfolgt in der Weise, daß in Höhe des Gesamtwerts neue Marken gegen Rückgabe der verbundenen verabschiedet werden. In gleicher Weise wird für solche Marken Ersatz geleistet, die ihre Zweckbestimmung nicht erreichen können.
9. Für Marken, die zu Anträgen verwendet sind, die vor ihrer Einreichung bei Gericht sich erledigt haben, oder die für nicht-anziehliche Gerichte bestimmt waren, vorausgesetzt, daß die Marken für eine weitere Verwendung unbrauchbar sind oder gemacht werden.

Betrieb der Kostenmarken.
9. Der Verkauf der Kostenmarken erfolgt in der Gerichtsstelle, in der Gerichtsbehörde, Abteilung 1, Zimmer Nr. 18, hiesiger Gerichtsgebäude, und durch den Bureau-Vorsteher Krause hier im Bureau des Rechtsanwalts und Notars Justizrat Scholz hier und den Bureauvorsteher Recht hier im Bureau des Rechtsanwalts von Fischer-Exerzfeld hier.
Merseburg, den 20. Dezember 1913.
Der Direktor der königlichen Gerichtsstelle.
G e r m a n n.

Ab unserer Ziegelei offerieren wir:
Mauersteine I. Sorte zu M. 24,- pro Mille
do. II. „ zu „ 20,- „ „
Zuckerfabrik Körbisdorf A. G.

Hals- und Lungenleidenden
teile ich aus Dankbarkeit durchaus unentgeltlich (nur gegen Einsendung des Briefpostens), mit wie ich durch ein ebenso einfaches wie billiges und dabei doch so überaus erfolgreiches Mittel, Husten, Auswurf, Nachtschweiß, Abmagerung usw. beseitigt wurde.
Leop. Dick, Grosskönigsdorf 247, Rheinland.

G.-V.-W.-B.
Sonntag den 18. Januar, von nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr ab

Tänzchen im Neuen Schützenhaus.
Hiersu ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Aufmerksame Bedienung. Missigste Preise.

Karl Jänzer
Adolf Schäfers Nachfolger
Merseburg, Entenplan 7.

Spezial-Geschäft für
:: Herren-Wäsche ::
Tricotagen, Shlipse
Wäsche-Anfertigung in eigenen Arbeitsstuben.

Solide Qualität. Fernspr. 259. Grosse Auswahl.

Mittwoch und Donnerstag
freigebl. Rindstaldonnen
Karl Kellermann.

Otto Schömburg
Merseburg Karlstr. 6
empfiehlt

Pressteine
von bester Ziegelfabrik, größter Heizkraft, langes Gluthalten, wenig Abgas, zu billigen Preisen

Eisenbahn
auf der Mühlwiese.

Schuhmacher-Innung.
Zur Beerdigung unseres Kollegen, des Schuhmachermeisters

Fr. Wollnau
veranlassen sich die Mitglieder
Donnerstag nachmittags 1/2 Uhr
Schmale Straße 23.
Vollständiges G-fcheiden ist erwünscht.
Der Vorstand.

Die General-Berammlung
der
Maurer-Bruderschaft - Kaffe
findet Sonntag den 18. Januar
nachmittags 3 1/2 Uhr im Restaurant
zur guten Quelle statt.
Der Vorstand.

Bergschenke.
Zum

II. Abonnementskonzert
der Militär musikscheule Lützen
Sonntag den 17. Januar 1914
laden erachtet ein
F. Ohme, Musikdirektor,
Gänswirt.
Anfang 8 Uhr.
Nach dem Konzert:

BALL.

Deutscher Kaiser.
Donnerstag
Schlachtfest.

Wallendorf.
Sonntag den 18. Januar 1914
ladet zum
Pfaffenuchen - Schmaus
freundl. ein
Merseburger Stadtabelle.

Öffentl. Arbeitsnachweis
Käuterstr. 30. Teleph. 218.

Gelübt werden:
3 Bauschloßer, 2 Kermacher, 1 Stellmacher, 1 Elektr. Monteur, 1 Schumacher, 1 junger Hausdiener vom Lande, 1 Hofjunge, 2 Tagelöhnerfamilien, 1 Fleischerlehrling, mehrere Dienstmädchen.
Es suchen Stellen:
Maurer, Tischler, Maler, Dreher, Formner, Gärtner, Klempner, Fleischer, Bäcker, Erd- u. Fabrikarbeiter, 1 Frau, auch 1 Mägdchen als Anwärterin.

Fabrik - Klempner
sucht
Brittelfabr. Leonhardt
bei Neumarf.

Rittergut Kriegsdorf
bei Merseburg
sucht zum 1. April 1914

Zwei Pferdekecht-Familien.

Tapeziererlehrling
steht zu Offern ein
Herrn. Wendt, Burgstr. 15,
gepr. Tapezierermeister, Polsterer und Dekorateur.

Einen Lehrling sucht Offern
Albert Hagenhart, Schuhmachermeister, Dreihe Varahtr. 8.

1 Schmiedelehrling
sucht zu Offern
G. Reubling, Schmiedemeister, Köckchen.

Söhne und junge Mädchen aus achtbarer Familie werden
als Koch-Lehrlinge
eingestellt dergleichen suchen wir intelligente
Kellner - Lehrlinge.
Gaut. Hofhaus, Halle a. d. S.

Einen Bechrling
sucht zu Offern
Bernhard Zeile, Bädermeister, Moorstr. 2.

Einen Bäderlehrling
sucht zu Offern:
Paul Kuchhaus, Friedrichstr.
Eine Herbedeute verloren.
Abzugeben gegen Belohnung
Herrn Breite Str. 5.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Bestellung vor einem Monatsende: bei Zahlung des Geldes durch andere Mitglieder in
Geld und auf dem Banco außerdem Porto: jedes für Post 1.20 M., außer 42 Pf.
— Abgabe. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Festtagen nachmittags.
— Versand anderer Exemplare: nur mit beifolgender Cashonote gestattet.
— Für Rücksende ungelieferter Exemplare übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum für Überzug und
Umhang 10 Bl. für die folgenden 20 Bl., wöchentlich pro Zeile
20 Bl. im Restbetrag 40 Bl. Bei längerem Ges. entwerfender Werbung
Gehälter für Zeilenabgaben nach Uebereinkunft. Für Nachwehungen und Ortsanzeigen
besonders: Berechnung, nach Ansehen mit Berücksichtigung. Gründungen, Redaktionen,
Kannenerwerb für größere Zeitungs-Verlegungen nur von 2000 Mark, jedoch
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 12.

Donnerstag den 15. Januar 1914.

40. Jahrg.

Die fortschrittliche Presse und der Freispruch.

Le. Die fortschrittliche Presse Deutschlands ist im wesentlichen einig über die ungünstige Wirkung, die für die innerpolitische Entwicklung die drei Freisprechungen in der Zaberner Angelegenheit haben werden. Wir geben aus den uns vorliegenden Presstimmen die nachstehenden wieder:

Dr. Alfred Dethlefs schreibt in der von ihm redigierten „Dresdener Zeitung“: „Man hat Wind gefäht, und man wird Sturm ernten. Den Schaden davon trägt leider die deutsche Kriegsbereitschaft, trägt leider die deutsche Einheit, die deutsche Kultur und das deutsche Ansehen. Aber die Kämpfe, die nun anheben, müssen durchgeschlagen werden und zwar mit der äußersten Zähigkeit und Folgerichtigkeit. Denn nur auf diese Weise kann gerettet werden, was unbedingt gerettet werden muß.“

Die „Danz. Ztg.“ fragt u. a.: „Wenn eine solche Tat, wie die des Leutnants v. Forstner in Dettweiler, straflos geschehen darf, ist dann wirklich Recht und Gesetz gewahrt? Recht und Gesetz, „das unter allen Umständen gewahrt werden muß“, wie kein Geringerer als der Reichstanzler selbst vor wenig Wochen feierlich im Reichstage betonte? ... Sühne hierfür, so oder so, verlangt das Rechtsbewußtsein des Volkes und wird sie weiter fordern, wenn sie bisher nicht zu erlangen war.“

Die „Weber-Zeitung“ urteilt in der trefflichen Duldung der Militärpersonale die schwere Verletzung eines für jeden gebildeten Staat unerlässlichen Grundgedankens und führt aus: „Wer das Gesetz und die Ordnung schützen soll, muß selbst beides am peinlichsten achten; er darf es nicht verletzen, weil er den Beruf habe, es zu beschützen; einen ärgeren Widerspruch gibt es gar nicht. Die Schwierigkeit unserer Aufgabe in Elßaß-Lothringen ist durch diese verhängnisvollen Vorgänge nicht nur entfällt, sie ist auch vergrößert worden. Das Wenige, was erreicht war, ist zertrümmert, die Wahrscheinlichkeit seines Wiederaufbaues gering.“

In der „Neuen Badischen Landeszeitung“ lesen wir: „Die Einseitigkeit des Volksgesetzes, auf dem die Kraft einer Nation beruht, droht über dem Raubgeist verloren zu gehen. Der schlimmste Raubgeist ist der militärische. Wolf und Heer müssen ein-

geschlagene Backzähne werden wieder eingepflanzt, zerföhrte Türen werden wieder ganz, Patronen und Maschinengewehre verschwinden wieder und die angemessene Regierungsgewalt fliegt blühartig vom gutgläubigen Obersten zum schlappen Kreisdirektor zurück. Vielleicht kommt noch zur allgemeinen Überraschung das 99. Regiment plötzlich heim nach Zabern!“

Die „Ab. Corresp.“ erhält von dem Abg. Dr. Müller-Meinungen über die freisprechenden Urteile der Militärgerichte in Straßburg eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Zufällige Klarheit haben die Verhandlungen vor Gericht leider nicht erbracht. Soviel kann man heute schon sagen: Der betrieblende Eindruck der — sagen wir ganz offen — erbitterten Gegnerschaft des Zivil- und des Militärstandes in Elßaß-Lothringen ist durch die Prozesse der letzten Tage noch verschärft worden. Die auffallenden Gegensätze in den Aussagen der Zeugen lassen sich ja vielleicht mit Mühe und Not durch die Umstände, die ungemessen rasche Abwicklung der Affäre am 28. November, die allgemeine Nervosität erklären. Dagegen zeigten die Vernehmungen z. B. der Gerichtsbeamten und Staatsanwälte so gewaltige Kontraste in den Anschauungen der Militärjuristen und Offiziere, daß man sagen kann: Die beiden „Parteien“ sprechen zweierlei Sprache und verstehen sich nicht mehr! Kann da die gegenläufige Auffassung aller beteiligten Personen aus den anderen streichen Wunder nehmen?“

„Weg im Frieden in „fast Feindesland“! Völliger Mangel an Staatsgefühl! Kranthafte Eiferjucht der beiden Gewaltten aufeinander! Ein fast pathologischer gesteigertes Wadstgefühl des Militärs, das sich überall geschmährt und zurückgesetzt glaubt! Auf der anderen Seite ein unheimlich harter Sanhangel im Hintergrunde, der hinterlistig die Situation ausnützt! Eine Zivilbürokratie, die ebenfalls der ganzen Situation nicht gewachsen ist! Wohin man sieht, heulische Erscheinungen, die zeigen, daß man mit wenig Takt und mit noch weniger Geschicklichkeit die heißen Verhältnisse im Elßaß bisher behandelt hat! Wohlstellungen vor dem ganzen Auslande, das aus den Freisprechungen den Eindruck erhält, als spreche die Militärjustiz den Gedanken aus, daß das Militär sich alles gegenüber der Zivilbevölkerung erlauben darf. Die politischen Folgen der Freisprechungen halte ich nach außen wie nach innen für tiefgehend und außerordentlich ernst — selbst wenn gegen die Urteilsgründe sich juristisch gar nichts einwenden ließe.“

Zu den juristischen Fragen nur noch eine Bemerkung! Der ganze „Zaberner Fall“ zeigt eine unglaubliche Unklarheit der geltenden rechtlichen Bestimmungen. Es ist bezeichnend, daß Oberst von Reuter seinen guten Glauben, der ihm zuletzt die Freisprechung verschaffte, auf eine preussische Kabinettsordre von 1820 gründete. Wie kann eine solche den klaren Wortlaut eines Reichsgesetzes, die Bestimmungen der Reichsstrafprozessordnung aufheben! Noch dazu angeht die bekannten Kabinettsordre von 1881 über den Waffengebrauch der Militärpersonen! Sie tut eine klare Auskehr auf gesetzlichen Wege bringen! Nicht statt Militär ist die Forderung des Tages.

Ich fürchte, der unglückliche Fall Zabern wird noch lange nicht zur Ruhe kommen, wenn nicht eine energische und zugleich weise staatsmännliche Sand rasch zugreift und den verhängnisvollen Grundfals „Nur erst recht nicht“ zu überwinden weiß. Fast ängstlich fragen wir: Wird Herr v. Bethmann Hollweg diese glückliche Sand besitzen? Wer sonst?“

Abg. Baffermann für den Reichstanzler.

Auf dem Parteitag der württembergischen Nationalliberalen, der am Sonntag in Stuttgart stattfand, äußerte sich der Führer der nationalliberalen Fraktion im Reichstage, Abg. Baffermann, auch über die Za-

bern-Affäre und den Vorstoß des preussischen Herrenhauses gegen die Reichsregierung. Er kam zu dem Schluß, daß Herr v. Bethmann Hollweg unter den heutigen Verhältnissen vielleicht der geeignetste Mann für das Amt des Kanzlers sei.

Es sei bedauerlich, so führte Abg. Baffermann aus, daß der Konflikt in Zabern nicht im Reine durch die Verletzung des Leutnants v. Forstner erstickt worden sei. Er warf die Frage auf, ob nicht ein verfassungswidriger Konstitutionsfehler vorliege, und ob wir Deutschen überhaupt in der Verhandlung der frendsprachlichen Bezirke des Reichs eine glückliche Sand haben. Der Regierung fehle die Moniequenz, und sie sei zu spät gegen die nationalliberalen Elemente im Elßaß vorgegangen, woraus aber nicht folgt, daß wir im Elßaß gleichsam in Feindesland stehen. Besonders in Zabern seien die nationalliberalen Elemente nicht in der Mehrheit; es sei im Reichstage fortschrittlich vertreten. Das Militär a u s v o t u m, das dem Reichskanzler wegen seiner Haltung in der Zaberner Angelegenheit erteilt worden sei, beziehe sich keinesfalls auf die gesamte Politik des Reichskanzlers, und wenn die Konventionen der Nationalliberalen vorwerfen, daß sie Ministerfützererei treiben, so drängt sich die Frage auf, ob nicht das Vorgehen des preussischen Herrenhauses gegen die Reichsregierung eine viel schärfere Mißbilligung der gesamten Politik des Reichskanzlers bedeute als das Mißtrauensvotum im Reichstage. Herr v. Bethmann Hollweg sei unter den gegebenen Umständen, nach Ansicht der nationalliberalen Partei, vielleicht der geeignetste Mann für das Amt des Kanzlers, wenn er auch nicht ein Mann nach dem Herzen der Konventionen sei. Seine gesamte Politik bewegt sich eindeutig in der Richtung der nationalliberalen Partei. Ein parlamentarisches Regiment sei bei unseren Parteiverhältnissen nicht möglich. Was die Nationalliberalen wollen, sei ein starker Reichstag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung, freilich wünschen sie auch eine starke Regierung. Was die durch die Herrenhausverhandlungen neu aufgeworfene Frage des Verhältnisses Preußens im Reichsgebiet betreffe, so dürfe wohl gerade in Süddeutschland ausgesprochen werden, daß man die Bedeutung Preußens und seine Verdienste um das Reich voll und zu würdigen wisse, daß aber über Preußen das Reich und die Gleichberechtigung seiner einzelnen Mitglieder steht. Der Prozeß gegen den Obersten von Reuter habe die Nichtigkeit der Haltung der nationalliberalen Partei im Reichstage voll und erwiesen. Es sei allerdings die Frage aufzuwerfen, ob es überhaupt klug war, die öffentliche Klage zu erheben, nachdem festgestellt worden war, daß die Zivilbehörde verjagt hat, und daß das Militär infolgedessen in das Bewußtsein der Notwendigkeit seines Vorgehens hineinwachsen muß.

Der Ministerpräsident gegen die Konventionen.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat am Dienstag in die erste Sitzung des Etats ein. Als erster Redner kam der konservative Abg. Winkler-Merseburg zum Wort, der durch seine Angriffe gegen die Regierung in Sachen der Wehrbedeckung die Seite der konservativen Vorläufer gegen den Kanzler ein weiteres Glied anfügte. Er forderte dadurch den Ministerpräsidenten zu einer Entschuldigung heraus, die den Konventionen sicherlich höchst unangenehm sein wird, weil Herr v. Bethmann Hollweg es vermied, direkte Vorwürfe zu erheben und Angriffe gegen die Konventionen zu richten, sondern lediglich die Tatsachen in sprechender Weise, die Verbündeten Regierungen durch die Schuld der Konventionen geradezu anzuzeigen, die Fortbedeckung der Militärvorlage so zu gestalten, wie sie gestaltet worden ist.

Abg. Winkler schloß zunächst vor, die Wehrbedeckungsreformfragen anzusprechen, was die Zustimmung des Hauses fand. In seiner Etatsrede hat er dringend, die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag wesentlich zu verlängern. Dann wiederholte er die bekannten konservativen Beschwerden über die neuen Wehrbedingungen, wobei er der Regierung Passivität vorwarf und ein Entgegenwirken gegen die

